

1283 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXII. GP

Einspruch des Bundesrates

vom 25. Jänner 2006

gegen den Beschluss des Nationalrates vom 6. Dezember 2005 betreffend ein Bundesgesetz über die Durchführung von Volks-, Arbeitsstätten-, Gebäude- und Wohnungszählungen und Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz 1997, das Meldegesetz 1991 und das Bildungsdokumentationsgesetz geändert werden

Die Präsidentin des Bundesrates hat mit Schreiben vom 26. Jänner 2006 im Sinne des Art. 42 Abs. 3 B-VG folgenden Einspruch des Bundesrates übermittelt:

„DER BUNDESRAT HAT BESCHLOSSEN:

Gegen den Beschluss des Nationalrates vom 6. Dezember 2005 betreffend ein Bundesgesetz über die Durchführung von Volks-, Arbeitsstätten-, Gebäude- und Wohnungszählungen und Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz 1997, das Meldegesetz 1991 und das Bildungsdokumentationsgesetz geändert werden, mit der beigegebenen Begründung Einspruch zu erheben.

Wien, 2006 01 25

Mag. Susanne Neuwirth

Schriftführung

Sissy Roth-Halvax

Präsidentin des Bundesrates“